

Eine Neue Partnerschaft für Entwicklung? Ergebnisse der Konferenz zur Wirksamkeit von Entwicklung

**OECD High Level Forum on Aid effectiveness in Busan/Südkorea
29.11.-1.12.**

Busan steht für einen Wandel in der Entwicklungszusammenarbeit, der sich durch veränderte Rahmenbedingungen auch in anderen Bereichen schon abzeichnet: ein starker **Schwerpunkt auf Wirtschaftswachstum und Stärkung des Privatsektors** angesichts von Wirtschaftskrise und leeren Staatskassen, ein Erstarren der Schwellenländer China, Indien, Brasilien, die von Hilfsempfängern zu **neuen Gebern** werden und zunehmendes Selbstbewusstsein der Entwicklungsländer, die dem Diktat der Geberländer entgehen wollen. Das High Level Forum der OECD in Busan zu „Wirksamkeit der Hilfe“ – gedacht als Rückblick und Weiterführung der Pariser Erklärung 2005 und Folgekonferenz in Accra 2008 – stand daher im Spannungsfeld der Interessen: während NGOs auf Menschenrechte, demokratische Mitbestimmung und Armutsbekämpfung pochten, wollten die Geberländer vor allem neue Akteure an Board holen.

Das Ergebnis: mehr Partnerschaft auf Augenhöhe, mehr **Verantwortung bei den Regierungen der Partnerländer** bei der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit und verstärkte gegenseitige Rechenschaftspflicht. Konkrete Maßnahmen zur Sicherstellung von Transparenz und Korruptionsbekämpfung sollen dies unterstützen. Die neuen Geber wie China sind einbezogen, allerdings nur auf freiwilliger Basis.

Ein sehr starker Fokus wurde auf die Rolle des Privatsektors gelegt. Man erwartet sich stärkere Beteiligung dieses Sektors in regionaler und nationaler Entwicklung, wobei neben Armutsbekämpfung als Ziel Wirtschaftswachstum vielfach gleichrangig genannt wird. Der Hoffnung auf Förderung lokaler Kleinwirtschaft und dem Erschließen neuer Finanzquellen steht allerdings die Gefahr gegenüber, dass sich Rahmenbedingungen mehr an den Interessen verhandlungsstarker Unternehmen als den der ärmeren Bevölkerungsschichten orientieren. Der Privatsektor wird nämlich explizit dazu aufgefordert, sich an der Formulierung nationaler Politiken einzubringen. Paradox ist es, dass eine derartige Einladung an Zivilgesellschaft und NGOs nicht vorzufinden ist. Auch Staatssekretär Waldner hat in seinem Statement die Rolle der Wirtschaft betont, als einziger aber auch die Notwendigkeit der Einhaltung von Standards betont. In das Schlussdokument fand dies keinen entsprechenden Eingang.

Der von NGO-Seite deutlich geforderte Schutz der Zivilgesellschaften findet im Enddokument keine Erwähnung. Es wird ihnen zwar ausdrücklich eine unabhängige Rolle zugesprochen, jedoch bleibt die Frage offen, inwieweit diese praktisch umsetzbar ist. NGOs sollen sich in ihrer Arbeit nämlich stärker an nationalen Strukturen orientieren. Diese Regelung gibt Regierungen die Chance, Hilfsleistungen besser zu überblicken und bestehende Strukturen weiter auszubauen. Jedoch kann die Arbeit von regierungskritischen Organisationen damit erheblich erschwert oder gar unmöglich gemacht werden. Die von vielen NGOs gewünschten Mindeststandards für ein „enabling environment“ ihrer Tätigkeit sind nicht formuliert worden. Obwohl das Thema des Umfelds angeschnitten wurde, mangelt es an Konkretisierung der Ausführung. Die Einhaltung internationaler Rechte wird als Prinzip erwähnt. Internationale Rechte werden unter den Prinzipien der Kooperation angesprochen, insbesondere wird der Zivilgesellschaft eine Rolle zur Stärkung der Rechte eingeräumt, bleibt in der Umsetzung darüber hinaus aber unklar. Im Gegensatz dazu wird die Bedeutung Gender Equality, Frauenrechten und Empowerment explizit ausgeführt. Auch Nachhaltigkeit findet in den Prinzipien Niederschlag. Klimafinanzierung soll in die nationale Entwicklungsagenda eingegliedert werden – Zusätzlichkeit der Mittel ist kein Thema.

Zusammenfassend stärkt das Busan-Enddokument die Position der Entwicklungsländer in Entscheidungen über Entwicklungsgesetze und -Programme. Auch der Privatsektor und South-South-Kooperationen gewinnen an Raum. Bei Transparenz und Korruptionsbekämpfung konnten Fortschritte erzielt werden. Der Zivilgesellschaft empfiehlt sich, sich weiter um Zusammenarbeit mit den Regierungen zu bemühen, um ihren Einfluss in entwicklungspolitischen Entscheidungen geltend machen zu können. Die Betonung der Diversität und unterschiedlichen Rollen birgt eine Chance für die Zivilgesellschaft, ermöglicht aber gleichzeitig andere Akteuren Ausnahmen von Verpflichtungen.